

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41



Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortserwerb 2,15 Mk. in Barmen 2,20 Mk. vierteljährlich dazu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 8 Pfg. von auswärts 15 Pfg. die Garmondzeile ober deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 160

Freitag, den 12. Juli 1918.

35. Jahrgang.

Der Weltkrieg.

WZS Großes Hauptquartier, 11. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Tagsüber mäßige Geheißtätigkeit, die am Abend vielfach auslebte. Nächtl. Erkundungskämpfe. Ein starker Vorstoß des Feindes nordöstlich von Bethune wurde abgewiesen.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

Lebhafte Feuerstätigkeit zwischen Aisne und Marne. Erneute Teilangriffe, die der Feind aus dem Walde von Villers-Cotterets heraus ausführte, brachten unsere Posten in den Savieres-Grund zurück.

Von einem Geschwader von 6 amerikanischen Flugzeugen, die Koblenz angreifen wollten, fielen 5 Flugzeuge in unsere Hand. Die Besatzungen wurden gefangen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Vom westlichen Kriegsschauplatz sind neue Ereignisse außer den üblichen Erkundungskämpfen nicht zu verzeichnen. Mit diesen wechselt der Franzose — denn der Engländer verhält sich merkwürdig still und abseits — an der ganzen Front fortgesetzt ab: vorgeführt die Gegend von Royon und an der Aisne, heute wieder am La Bassée Canal und aus dem Wald von Villers-Cotterets heraus. Diese ununterbrochenen Teilaktionen nennt das Pariser „Journal“ den Beginn der französischen Offensive, die den Feind noch in diesem Jahre für den Frieden der Entente geneigt machen muß. Der Feind in seiner „Viltoire“ ist aber über die Lage, in der sich der Generalstabschef befindet, gerade gegenteiliger Meinung; er sieht eine neue deutsche Offensive kommen. Wir stehen vor der nächsten deutschen Offensive. Die französische Heeresleitung muß acht geben, was der Feind zwischen Chateau-Thierry und Epernay, zwischen Reims und den Argonnen vorbereitet. Wenn sie sich überraschen läßt, wird es sehr ernst mit Paris. Der Feind wirft die Frage nach dem Grund der feindlichen Ueberlegenheit auf und sagt, gewiß sei das deutsche Angriffsmaterial tadellos und die Infanteriekampfe ein wesentlicher Faktor des Erfolges, aber die Hauptsache sei, die Deutschen haben für die Ueberraschungsangriffe Elite-truppen und schneidige Generale zur Verfügung, und, was das allerwichtigste sei, sie können schweigen. Niemand erfährt vorher den Plan der Heeresleitung, weder Soldaten noch Offiziere. Einige wenige Generalstabs-offiziere wissen, wenn es losgeht, sonst kein Mensch.

Auf dem albanischen Kriegsschauplatz machen die Italiener weitere Fortschritte, indem sie auf dem westlichen Teile der südlichsten Front den Sonini erreichen konnten.



von Hintze.

Reichstag.

Berlin, 10. Juli.

Börsensteuer.

Abg. Dore (F. V.): Daß die Kriegsanleihe ganz befreit werden sollte, wäre nicht richtig. Nach dem Kriege werden wir weiter in scharfen wirtschaftlichen Kämpfen stehen.

Abg. Zimmermann (N.): Eine Befreiung der Kriegsanleihe können wir nicht vertreten.

Abg. Bernstein (U. S.): Der Gedanke, mit der Steuer die Spekulation zu treffen, ist nicht haltbar. Die Kriegsgewinner sind doch gewissermaßen Eingeringte an der Börse. Der reelle Verkehr wird schwer geschädigt. Beschadet man die Neigungslinie einzelner Unternehmungen, dann trifft man das Uebel an der Wurzel. Dieses Gelegenheitsgeschick lehnen wir ab.

Abg. Kießer (Nal.): Ich möchte gegen die übermäßige Ausspannung der Börsensteuer meine warnende Stimme erheben. Eine Straßsteuer darf nicht eingeführt werden. Das wäre gefährlich für die Zukunft nicht nur der Börse, sondern des ganzen deutschen Wirtschaftslebens.

Der Artikel wird angenommen. Die Abstimmung über den Komptoukhautrag erfolgt bei Artikel 20.

Artikel 7 regelt die Lantien- und Dividendensteuer der Ausschussmitglieder. Die Vorlage liegt 20 Prozent vor.

Abg. Keil (S.) beantwortet einen Antrag auf Einführung einer Staffelung bis zu einem Betrag von 5000 Mk. 10 Prozent, von 10000 Mk. 20 Prozent usw. bis 60 Prozent.

Staatssekretär Graf Rüdern: Ich bitte, es bei dem Beschluß der Kommission zu lassen. Die Regel ist es nicht, daß die Dividende ein müßeliger Gewinn ist. Die vorgeschlagenen Sätze übersteigen alles Maß.

Abg. v. Franzenzinski (Pol): Ich halte die Lantiensteuer für einen müßeligen Gewinn. Die Lantienverteilung ist geradezu ein Unfug geworden. Es gibt Personen, die bis zu 65 Ausschussmitgliedern haben.

Abg. Bernstein (U. S.): Im allgemeinen trifft der müßelige Gewinn zu. Die Steuer sollte aber von den Personen, nicht von den Gesellschaften erhoben werden.

Artikel 8, betreffend die Besteuerung der Geldsumme aller für die Beschaffung und Darlehen von Geld dienenden Geschäften. Hierfür ist eine Staffelung vorgesehen von 5 v. Hundert bis 6 v. Hundert. Ermäßigung ist nach dem Ausschussbeschuß vorgesehen für genossenschaftliche Darlehenskassen und öffentliche Sparkassen. Befreit sein sollen die Habenzinsen aus Reichs- oder Staatspapieren.

Abg. Keil (S.) beantwortet einen Antrag auf Befreiung der Sparkassen, gegebenenfalls auch der nichtöffentlichen.

Die Kommission hat die Abgabensätze der Einzelpersonen hinsichtlich einer außerordentlichen Kriegsabgabe vom Jahres-einkommen und vom Vermögen eingeführt und den Namen des Gesetzes in „Außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918“ abgeändert. Die Abgabe von Mehreinkommen beträgt für die ersten 10000 Mk. 5 Prozent, für 30000 Mk. 20 Prozent, 50000 Mk. 30 Prozent, 100000 Mk. 40 Prozent und darüber 50 Prozent.

Abg. Bernstein (U. S.) beantragt Erhöhung dieser Staffelsätze.

Der Antrag wird abgelehnt, ebenso ein Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten auf Erhöhung der Staffelsätze bei der Kriegsabgabe vom Vermögen.

Das Gesetz wird nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

Neres vom Tage.

Die Ersatzwahl für Kämpf.

Berlin, 11. Juli. Im 1. Berliner Reichstagswahlkreise findet, wie die „Freie Ptg.“ hört, die Ersatzwahl für den verstorbenen Abgeordneten und Reichstagspräsidenten Dr. Kämpf am 15. Oktober statt.

Der Reichsfinanzhof.

Berlin, 10. Juli. Dem Reichstage ist soeben der Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Nachtrages zum Reichshaushaltsplan für das laufende Rechnungsjahr zugegangen, worin u. a. die Mittel für den Reichsfinanzhof angefordert werden. Die Zusammensetzung dieser neuen, mit dem 1. Oktober ds. Js. in Wirklichkeit tretenden Behörde ist folgende: Der Präsident (26000 Mk. Gehalt) und 5000 Mk. Aufwandsgehalt, sowie freie Dienstwohnung, ein Senatspräsident (15000 Mk. Gehalt) und sieben Räte mit je 13000 Mk. Gehalt, ferner ein Bureauvorsteher, vier Obersekretäre und ein Kanzlei-vorstand, sowie das erforderliche Kanzlei- und Unterbeamtenpersonal. Für Geschäftsbedürfnisse, Schreibg. bühren und sonstige vermischte Ausgaben sind 30000 Mk. für das Halbjahr vom 1. Oktober 1918 bis 31. März 1919 veranschlagt.

Die soz. Ablehnung der Kriegskredite im Ausland.

Bern, 11. Juli. Mehrere französische Blätter befaßten sich mit der von Scheidemann angekündigten Ablehnung der Kriegskredite im Reichstag. Im „Evenement“ stellt Barenne sich auf einen völlig ablehnenden Standpunkt. Scheidemanns Ueberdankwandelung kommt zu spät. — Neulich schreibt „Humanité“: Man habe

zu lange darauf gewartet, als daß die Kreditverweigerung die bisherige Haltung der deutschen Sozialdemokratie verwischen könne. Man dürfe nicht mehr auf das deutsche Parlament rechnen, das die alsdeutsch gewordene deutsche Regierung zur Vernunft bringen könnte. Aber wenn Scheidemann heute zur Opposition übergehe, habe er unbestreitbar dem Drängen der großen Masse nachgegeben, was immerhin schon kennzeichnend sei. — „Journal des Debats“ bemerkt, der deutschen Arbeiterschaft gingen allmählich die Augen auf. Scheidemanns Erklärung sei ebenso kennzeichnend wie die Kühlmanns. Deutschland scheine nicht mehr an den Sieg zu glauben. — „Journal“ glaubt, die Haltung Scheidemanns sei durch die Furcht vor den Amerikanern veranlaßt.

Ungarn und das Wirtschaftsbündnis.

Budapest, 11. Juli. Ministerpräsident Bekere beantwortete die Interpellation des Abg. Hugo Lehne (Karolyi-Partei) über die landwirtschaftlichen Zölle. Auf die Frage des Interpellanten, ob die Regierung das Wirtschaftsbündnis mit Deutschland derart wünsche, daß innerhalb des Wirtschaftsbündnisses die landwirtschaftlichen Zölle nicht aufrechterhalten werden können, erklärte der Ministerpräsident, daß diesbezüglich nur Vorbesprechungen stattgefunden haben. Die Abicht war jedoch, daß wir mit Deutschland ein Zollbündnis abschließen, in dem keine landwirtschaftlichen Zölle bestehen sollen. Industriezölle dagegen konnten nicht entbehrt werden. Auf die Frage des Interpellanten, welche Stellung die Regierung gegenüber den bekannten Äußerungen des Vizelanzlers von Payer einnehme, verwies der Ministerpräsident auf seine in dieser Angelegenheit bereits abgegebene Erklärung, daß diese Journalisten gegenüber gemachten privaten Äußerungen Payers nicht als eine offizielle Kundgebung betrachtet werden können. Der Abschluß der Verträge ist ausschließlich zwischen Deutschland, Ungarn und Oesterreich geplant. Wenn auch andere Staaten in das Bündnis einbezogen werden sollten, müßte dafür gesorgt werden, daß für unsere landwirtschaftlichen Erzeugnisse das Abgabengebiet unter allen Umständen gewahrt bleibt. Schließlich erklärte der Ministerpräsident, daß er die von dem Interpellanten gewünschte Entsendung einer parlamentarischen Kommission, die über das Material und den Verlauf der Verhandlungen mit Deutschland zu berichten hätte, nicht für zweckmäßig hält.

Finnische Regierungsnote.

Stockholm, 11. Juli. Wie „Dagens Dagbladet“ aus Helsingfors erfährt, erklärte Senator Sella in Wiborg, daß es für die finnische Regierung nahezu unmöglich sei, eine äußere Stütze zu bekommen, die Finland trauge. Könne die Frage der Regierungsform nicht in nächster Zeit entschieden werden, so halte die Regierung weitere Arbeit für nutzlos. Am Montagabend besprach die Regierung mit den Landtagsgruppen in einer geheimen Konferenz die Regierungsform. Dabei teilte Regierungschef Paasikivi mit, daß die Regierung beschlossen habe, die Annahme der monarchistischen Staatsform zur Kabinettsfrage zu machen. Die Revolutionäre betonen, dies sei illegal und verlangen eine Volksabstimmung, vor der sich jedermann beugen werde.

Gleiche Seelen finden sich.

London, 10. Juli. In einer Ansprache bei einem Essen des nationalen und liberalen Klubs zu Ehren der amerikanischen Offiziere war Asquith einen Rückblick auf die Gründe, die Amerika zum Eintritt in den Krieg veranlaßten. Er sagte: Es ist das erste Mal in der Geschichte, daß eine große Demokratie, die nicht für den Krieg, sondern für den Frieden gerüstet war, die durch Tausende von Meilen vom nächsten Kriegsschauplatz getrennt ist, sich entschlossen hat, die Waffen in einem Streit zu ergreifen, an dem sie nicht den Funken eines territorialen materiellen Interesses und zu dem sie weder eine direkte noch eine indirekte vertragliche Verpflichtung hat. Wilson hat mehr als irgend ein anderer Staatsmann der Entente dazu beigetragen, die Weiser Amerikas, der Alliierten und der Neutralen auf dem Gedanken einer Liga der Nationen zusammenzufassen. Diese Liga ist keine leere politische Abstraktion, keine hohle rhetorische Formel, sondern ein konkret bestimmtes Ideal, dessen Verwirklichung in praktischer Gestalt bei weitem das dringendste Aufgabenproblem internationaler Staatensunft ist.

Amerika hat militärische Bedenken.

Genf, 11. Juli. Havas verbreitet folgende Mitteilung: Die Zeitungen melden aus Washington, daß die

Frage einer Intervention in Sibirien von der amerikanischen Regierung wieder aufgenommen werden wird. Es bestehe jedoch noch die militärische Frage. Insbesondere verhalten sich die militärischen Behörden gegenüber der Idee, die amerikanischen Soldaten anderswo als in Frankreich und Deutschland kämpfen zu lassen, noch ablehnend. Immerhin erscheint es sicher, daß Amerika sich den Entscheidungen der Entente-Konferenz in Versailles zugesellen wird.

Unter freuem Vertrauen.

Berlin, 11. Juli. Um 12 Uhr vormittags stellte im Hauptauschuß des Reichstags der Vorsitzende Ebert den Entwurf betr. den 15 Milliardenkredit zur Beratung. Einleitend erklärte Vizekanzler v. Bahr, der Reichskanzler werde seine Ausführungen zum Teil vertraulich geben. Nun seien bei früheren Anlässen trotz beschlossener Vertraulichkeit Meldungen hinausgegangen, die verwirrend gewirkt hätten. Deswegen wünsche er, daß dem vorgebeugt und alles, was der Kanzler als vertraulich erkläre, auch als vertraulich behandelt werde, also nicht in die Presse komme. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsberatung stimmte der Hauptauschuß einem Voranschlag Erzberger zu, entsprechend dem früher geübten Verfahren die Berichte über die Reden vom Regierungstisch von der Regierung selbst geben, die Berichte über die Reden der Abgeordneten durch die Schriftführer prüfen zu lassen. Der Reichskanzler leitete seine Rede über die politische Lage mit den Worten an: Ich werde Ihnen alles offen darlegen, wenn Sie durch den Antrag Erzberger gezogenen Grenzlinien der Berichterstattung eingehalten werden.

Die Vereinigung Islands mit Dänemark.

Kopenhagen, 11. Juli. Zu den dänisch-isländischen Verhandlungen meldet „Berlingske Tidende“ aus Reikjavik, daß die Aussichten für eine Verständigung sehr bedeutend günstiger seien als in der letzten Woche. Die radikalen Mitglieder des isländischen Althing fordern, daß das Verhältnis zwischen Island und Dänemark durch Vertrag festgelegt werde. Im isländischen Volk wächst die Stimmung für eine feste und enge Union mit Dänemark. Nach einem Telegramm aus Reikjavik verkauert, daß beiderseits Zugeländnisse gemacht worden sind. In der Flaggenfrage hat Dänemark nachgegeben, sobald Island seine eigene Flagge erhält. In der Frage des Eingeborenenechtes hält Dänemark an seinem Standpunkt fest.

Japan ist noch unklar.

Genf, 11. Juli. Die Stellung der japanischen Regierung zu den Vorgängen in Ostasien ist noch immer nicht geklärt. Gewisse japanische Blätter wollen wissen, der Kronrat habe beschlossen, von jeder Intervention abzusehen, während andere Blätter behaupten, daß nur der günstige Zeitpunkt für die Expedition abgewartet werden solle.

Der Wechsel im Auswärtigen Amt.

Der Reichskanzler im Hauptauschuß.

Der Reichskanzler hat gesprochen; der Gesamteindruck seiner Rede hat, wie von Berlin berichtet wird, bei den Parteien im allgemeinen befriedigt und es wird von einer Entspannung der Lage gesprochen werden können; selbst Herr Scheidemann hat ruhig und sachlich gesprochen und es wird nicht mehr daran gezweifelt werden können, daß die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion die neuen Kriegskredite bewilligen wird. Die Rede bringt, nach der für die Öffentlichkeit bestimmten Fassung wenigstens, nichts neues: es bleibt alles beim seitherigen Kurs, nur die Person des Außenministers hat gewechselt und es bleibt für uns nur übrig, die Taten des Herrn v. Hinzp zu sehen; Herr von Bahr soll heute sich mit Herrn von Hinzp persönlich ins Benehmen gesetzt haben. Herr von Hinzp hat an der Besprechung im Hauptauschuß einstweilen nicht teilgenommen, da seine Ernennung noch nicht erfolgt ist und man zunächst einmal dem Reichstag den Vortritt lassen wollte.

Berlin, 11. Juli. (Amtlich.) Die Rede des Reichskanzlers im Hauptauschuß des Reichstags hat folgenden Wortlaut: Meine Herren! Der Wechsel im Staatssekretariat bedeutet keinen Wechsel des politischen Kurses. Die Politik des Deutschen Reiches führt allein verantwortlich der Reichskanzler. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat die auswärtige Politik im Auftrag, im Einvernehmen und unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zu führen. In meinem politischen Standpunkt den ich in meiner Rede vom 29. November v. J. vor dem Plenum des Reichstages festgelegt habe, an diesem meinem Standpunkt sowohl bezüglich der inneren wie auch bezüglich der äußeren Politik halte ich meinerseits vollkommen fest. Daran wird sich, solange ich an dieser Stelle stehe, nichts ändern. Meine Herren! Bezüglich der inneren Politik habe ich die damals gegebenen Zusagen, soweit es an meinem Willen liegt, vollkommen eingehalten und ich werde dafür eintreten, daß auch die weitere Ausführung der von mir gemachten Zusagen erfolgt und etwaige Hindernisse mit Energie überwunden werden. Darauf können die Herren sich verlassen. Was die auswärtige Politik betrifft, so habe ich damals am 29. November gesagt, ich stände auf dem Standpunkte der kaiserlichen Antwort auf die Friedensnote des Papstes vom 1. August v. J. Diefriedensbereite Gesinnung, die diese Antwort besetzt hat, besetzt uns noch. Aber ich habe hinzugefügt, meine Herren, daß die friedensbereite Gesinnung nicht den Feinden einen Freibrief geben darf zur unabsehbaren Fortsetzung des Krieges. Meine Herren! Was haben wir nun aber erlebt! Während an unserer Bereitschaft, zu einem ehrenvollen Frieden die Hand zu reichen, seit Jahren gar nicht gezweifelt werden kann, haben wir bis in die letzten Tage hinein die aufreizenden Reden der feindlichen Staatsmänner vernommen. Meine Herren! Herr Wilson will den Krieg bis zur Vernichtung,

und was Herr Balfour sagt hat, muß jedem Deutschen wirklich die Hornesstute ins Gesicht treiben. Meine Herren! Wir müssen mit unserem treuen Volke ausharren. Solange der Vernichtungswille der Feinde besteht, müssen wir durchhalten im Vertrauen an unsere Truppen, im Vertrauen auf unsere Heeresführung und im Vertrauen auf unser herrliches Volk, das diese schwere Zeit mit ihren großen Entbehrungen und fortgesetzten Opfern so wunderbar erträgt. Aber wenn sich irgendwo ernsthafte Regungen für die Aushahnung eines Friedens oder auch nur die ersten Schritte zu dieser Aushahnung zeigen würden, dann würden wir uns ganz gewiß nicht von vornherein ablehnend verhalten, sondern wir würden diesen ernstgemeinten, ich sage ausdrücklich ernstgemeinten Anregungen sofort mit allem Ernst nachgehen. Meine Herren! Ich kann Ihnen auch sagen, daß dies nicht etwa nur mein Standpunkt ist, sondern daß dieser Standpunkt auch von der Obersten Heeresleitung ausdrücklich geteilt wird; denn auch die Oberste Heeresleitung führt den Krieg nicht um des Krieges willen. Nun wird es die Herren interessieren, wie sich von diesem Standpunkt aus gewisse Probleme darstellen, die die Gegenwart uns aufrängt. Es haben über diese Fragen am 1. und 2. Juli im Großen Hauptquartier unter dem Vorsitz Seiner Majestät des Kaisers eingehende Besprechungen stattgefunden. Also zunächst bezüglich des Ostens. Meine Herren! Wir stehen auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk und wollen diesen Frieden in sozialer Weise ausgeführt sehen. Die Schwierigkeiten der Ausführung des Friedens von Brest-Litowsk liegen darin, daß wie Sie wissen, die Verhältnisse in Rußland noch so unsicher sind. Wir werden nicht so unbedingt annehmen dürfen und können, daß die gegenwärtige russische Regierung auch die Macht hat, die uns gegebenen loyalen Zusagen überall durchzuführen. Aber, wie die Zustände sind, meine Herren, gibt es unaufhörliche Verwicklungen und Reibungen in den Grenzgebieten, Uebergriffe dieser oder jener kleinen Heeresgruppe. Sie alle, meine Herren, stehen noch unter dem Eindruck des furchtbaren Verbrechens in Nowoslaw. Alle Spuren deuten darauf hin, daß die furchtbare Tat auf Anregung der Entente geschehen ist, um uns mit der jetzigen russischen Regierung neuerdings in einen Krieg zu verwickeln. Die jetzige russische Regierung will den Frieden und braucht den Frieden, und in dieser friedensgeneigten Absicht unterstützen wir sie. Wir unternehmen nichts, was die russische Regierung in ihrer Stellung schädigen könnte, um nicht durch eine plötzliche Umwandlung der dortigen Verhältnisse uns überraschen zu lassen. Ich kann nur an das Wort erinnern, das einmal Gortschakow gesprochen hat: „Wir sind stumm, aber wir sind nicht taub.“ Wir lassen uns mit gar keinen politischen Gegenströmungen ein, aber wir horchen aufmerksam, wohin die Richtung in Rußland geht. Das ist der Standpunkt den ich einnehme. Das ist der Standpunkt, über den auch bei den Besprechungen am 2. Juli im Großen Hauptquartier die volle Klarheit und das vollste Einverständnis zwischen allen Beteiligten erreicht worden ist.

Der Kanzler berührte dann noch die politischen Zukunftsprobleme im Westen und kam dabei zu dem Ergebnis, daß das Regierungsprogramm sich auch dort mit den Erklärungen deckt, die schon im November 1917 abgegeben und von der überwiegenden Mehrheit des Reichstages gebilligt worden seien. Die anderweitige Bezeugung des Auswärtigen Amtes sei nicht auf sachliche Meinungsverschiedenheiten, sondern nur auf Erwägungen persönlicher Art zurückzuführen, über die der Kanzler vertraulich nähere Aufschlüsse gab.

Der als Nachfolger des Staatssekretärs v. Kühlmann in Aussicht genommene Gesandte v. Hinzp habe die verbindende Erklärung abgegeben, daß er in jeder Hinsicht die bisherige Politik des Reichskanzlers mittragen werde. Nach dem Kanzler ergriff das Wort der Abgeordnete Gröber.

Der Krieg mit Italien.

W.B. Rom, 11. Juli. Heeresbericht vom 10. Juli: Verjüngte Artilleriegeschäfte, stärkere, häufigere auf der Hochlage von Schleggen und in der westlichen Grappa-Region. Südlich vom Stillfer Jochtrieb die Befestigung eines unserer vorgeschobenen Posten in 2331 Meter Höhe, die von einer feindlichen Abteilung angegriffen wurde, diese in die Flucht. Im Brentatal kleinere glücklich durchgeführte Unternehmungen zur Berichtigung unserer Stellung brachten uns 24 Gefangene ein. In Albanien erreichten unsere Truppen in der westlichen Front den unteren und mittleren Semini und erweiterten an der östlichen Front die Eroberung der Höhen am oberen Abfluß des Tomorricatales. Im Zentrum beiderseits des Ofum trieben sie den Gegner zurück.

Württemberg.

(-) **Stuttgart, 11. Juli.** (Gründung einer Neederei „Schwaben“.) In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses wurden vom Finanzminister Mitteilungen über die bevorstehende Gründung einer eigenen „Neederei Schwaben“ gemacht. Diese solle für die Verfrachtung der den Rhein hinabgehenden Salztransporte der staatlichen Saline Friedrichshall und des Privat-Salzbergwerkes Heilbronn gemeinsam mit dem letzteren und mit der Firma Daniel in Duisburg geschaffen werden. Das Aktienkapital beträgt eine Million Mk., wovon der Staat 40 Prozent, das Salzbergwerk Heilbronn 31 Prozent und die Firma Daniel 29 Prozent übernehmen haben. Später ist eine Beteiligung der württ. Industrie in angemessenem Umfang in Aussicht genommen. Die beabsichtigte Gründung würde als Fortschritt und vorteilhaftes Unternehmen begrüßt, aber eine überaus endgültige Beteiligung als erwünscht bezeichnet. Hierauf bemerkten der Finanzminister und Direktor v. Kösch: Mit dem Salzwerk Heilbronn habe das staatliche Salzwerk das gleiche Interesse an diesem Gebiet und ein Auseinandergehen sei völlig unwahrscheinlich. Das Anteilverhältnis an der Gesellschaft und an dem Gesellschaftskapital sei dauernd auch gegenüber einer Erhöhung des Aktienkapitals. Die Industrie habe jetzt schon Belegen etc. Tal- und Bergbau, zu kommen. Die

Firma Daniel ist die Neederei an dem Rhein und gebe Gewähr für genügende Verfrachtungen. Es sei in Aussicht genommen, das staatliche Aktienkapital zugunsten der Industrie noch etwas zu vermindern. Die Neederei solle den allgemeinen Landesbesinteressen dienen und der Staat habe sich den Vorbehalt im Aufsichtsrat gesichert. Von dem Vorsitzenden v. Kiene wurde die einstimmige Zustimmung zu dem Vorgehen der Finanzverwaltung festgestellt.

(-) **Stuttgart, 11. Juli.** (Kanalarbeiten im Finanzausschuß.) In der Frage der Wasserstraßen wurde vom Ausschuss ein Antrag dahin angenommen, 1. bei den zuständigen Reichsstellen sobald als möglich einzuwirken, daß a) sämtliche Wasserstraßenpläne nach ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Wirkung von einer Zentralstelle des Reichs nach einheitlichen Grundsätzen geprüft werde, b) Beiträge aus der Reichskasse für Planbearbeitung und Ausführung einzelner Wasserstraßen nach gleichen Grundsätzen bemessen, c) die Verbindung von Rhein und Donau über Neckar und Bodensee als bawürdig erkannt werde, 2. die auf Kosten des Südwestdeutschen Kanalvereins erfolgende Bearbeitung der Pläne der Strecke Mannheim-Blochingen zu fördern, 3. die Vorarbeiten so zu beschleunigen, daß der Bau möglichst bald nach Friedensschluß, nötigenfalls als Notstandsarbeit für Arbeitslose in Angriff genommen werden kann. Der Antrag stammte zu 1 a bis c und zu 3 vom Berichterstatter Graf, zu 2 vom Abg. Brudmann. Die Anfragen über die Schiffbarmachung des Oberrheins und der Donau wurden dahin beantwortet, daß wegen des Oberrheins Verhandlungen mit der Schweiz bevorstehen und die mit den Bundesstaaten unmittelbar vor dem Abschluß stehen, daß wegen der oberen Donau die Verhandlungen mit Bayern wohl eingeleitet, aber erst nach Kriegsende zu weiteren Ergebnissen geführt werden können.

(-) **Leutkirch, 11. Juli.** (Ein Falscher erwischt.) Einem Arbeiter in einer Mühle in der Nähe von Legau wurde von seinem Nebenarbeiter ein Anzug gestohlen. Es gelang dem Bestohlenen selbst, den Dieb in einer benachbarten Stadt am Bahnhof noch abzufassen. Als er dem Diebe sein gestohlenes Eigentum abnehmen wollte, gab es eine kleine Kauferei. Ein Schutzmann kam hinzu, verhaftete den bestohlenen Arbeiter und steckte ihn ins Loch. Erst am nächsten Tag kletterte sich der Mißgriff auf und der Arbeiter wurde wieder in Freiheit gesetzt. Jetzt wird der richtige Dieb gesucht!

(-) **Waldsee, 11. Juli.** (Torfstich.) In den Dorfschichten der Stadt, der Herrschaften und dem Privatunternehmen Wilden Ried wird zurzeit mit Maschinen und mit der Hand fest gearbeitet und tausende Kubikmeter von Torf gestochen. Die Sommerwitterung dürfte sich aber noch weit besser gestalten, sonst trocknet der Torf nicht aus. Viele Kriegsgefangene sind dort beschäftigt.

Kaffee-Ersatz

Der Fremdenversorgungsstelle werden demnächst 75 kg. Kaffee-Ersatz zugewiesen. Soweit den Wirtschaften, Kaffees usw., die auf sie entfallende Menge nicht genügt, haben sich dieselben bezüglich Ankaufs teurer Ersatzmittel bis spätestens 15. d. M. an das Kgl. Oberamt zu wenden u. die noch benötigte Menge anzugeben.

Stadt, Lebensmittelamt Wildbad.

Fleisch

Die in dieser Woche zur Verteilung kommende Fleischmenge beträgt für Erwachsene 200 gr. u. Wurst 50 gr.

Stadt, Lebensmittelamt.

Ein Waggon

Wirsingkraut

eingetroffen Pfd. 40 Pfa.

Morgen eintr. ffend

ein Waggon Erbsen

Pfd. 45 Pfa., Str. 41 Mh.

Bestellungen nehmen entgegen

Pfannkuch u. Co.

Eine 40 Wochen trachtige

Milch-Kuh

hat zu verkaufen.

Wilh. Gottl. Seyfried,

Führm. Sprollenhaus

Braut-Kränze

bei

Hr. Schmid & Sohn.

Damenfrisier-Spezial-Geschäft

König-Karlstraße 68.

Kgl. Kurtheater

Wildbad

Dir. Steng-Krauß.

Heute Abend

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kasspiele Kurt Steng vom Kurtheater Rugsburg-Öggingen

Der Zigeunerbaron

Operette in 3 Akten nach einer Grundidee R. Joldis von 3 Schöpfern.

Junges kräftiges

Mädchen

wird für sofort gesucht

Villa Rheingold.

Druck u. Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei Wildbad Verantwortlich: E. A. Inhardt daselbst.

